

Inhaltsübersicht

Einleitung	25
1. Kapitel - Beurteilung der Vorgänge um anonyme Geburt und Kindesabgabe nach der geltenden Rechtslage	35
A. Personenstandsrechtliche Rechtslage	36
I. Überblick	36
II. Anonyme Geburt	38
III. Abgabe des Kindes in eine Babyklappe	56
B. Strafrechtslage	59
I. Personenstandsunterdrückung, § 169 Abs. 1 3. Alt. StGB	59
II. Strafbarkeit der Mutter aus § 170 Abs. 1 StGB	67
III. Strafbarkeit der Mutter gemäß § 171 StGB?	75
IV. Verwirklichung weiterer Straftatbestände durch die Mutter?	78
V. Verwirklichung weiterer Straftatbestände durch die Mitarbeiter/innen der betreffenden Einrichtungen?	80
VI. Strafbarkeit der übrigen Beteiligten	83
VII. Ergebnis zu B.	85
C. Zivilrechtslage	85
I. Unvereinbarkeit der anonymen Geburt und Kindesabgabe mit den Vorschriften über Abstammung, elterliche Sorge, Unterhalt und Betreuung	86
II. Unvereinbarkeit anonymer Geburt und Kindesabgabe mit den Adoptionsvorschriften	92
III. Schadensersatzrechtliche Konsequenzen anonymer Geburten und Kindesabgaben	96
D. Zusammenfassung	104

2. Kapitel - Darstellung und Umgrenzung der von anonymer Geburt und Kindesabgabe betroffenen Grundrechtspositionen und Verfassungsgüter	105
A. Grundrechtspositionen des Kindes	106
I. Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung, Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	106
II. Recht des Kindes auf psychische Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	123
III. Rechte des Kindes aus Art. 6 GG	126
IV. Rechtspositionen des Kindes aus Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	141
V. Recht des Kindes auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	144
B. Grundrechtspositionen des Vaters	147
I. Rechte aus Art. 6 GG	147
II. Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	160
C. Grundrechtspositionen der Mutter	163
I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Mutter aus Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	163
II. Rechte aus Art. 6 GG	166
III. Recht auf physische/psychische Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	170
D. Grundrechtspositionen sonstiger Beteiligter - Grundrechte der Anbieter anonymer Geburten und Kindesabgaben	172
E. Sonstige Verfassungsgüter - Institutsgarantien des Elternrechts und der Familie, Art. 6 Abs. 2 S. 1 und Abs. 1 GG	174
F. Zusammenfassung	175

3. Kapitel - Verfassungsrechtliche Bewertung anonymer Geburten und Kindesabgaben	178
A. Bestimmung des gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Hinblick auf die aktuelle Situation anonymer Geburten und Kindesabgaben, anhand der verfassungsrechtlichen Vorgaben der Abwehrrechts- und Schutzpflichtendimension der Grundrechte	178
I. Einleitung und Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen Abwehrrecht und Schutzpflicht	178
II. Staatliche Beteiligung an anonymen Geburten und Kindesabgaben - Aktivierung der abwehrrechtlichen Grundrechtsdimension	181
III. Aktivierung der grundrechtlichen Schutzdimension im Hinblick auf die Grundrechtsbeeinträchtigungen von Seiten der privaten Anbieter und der Mutter	239
IV. Zusammenfassendes Ergebnis zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf	307
B. Abwägung der kollidierenden Rechtsgüter und Absteckung verfassungskonformer Regelungsspielräume im Rahmen der Problematik anonymer Geburten und Kindesabgaben	308
I. Einleitung und Grundlagen der Abwägung	308
II. Vergleichbare Kollisionslagen und deren Bewertung in Rechtsprechung und Literatur	313
III. Abwägung zwischen den kollidierenden Grundrechtspositionen bei anonymer Geburt und Kindesabgabe	328
IV. Regelungsvorschläge auf Grundlage des festgestellten Handlungsbedarfs und der Abwägungsergebnisse	357
Gesamtzusammenfassung	411
Literaturverzeichnis	423
Anlage	443

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
1. Kapitel - Beurteilung der Vorgänge um anonyme Geburt und Kindesabgabe nach der geltenden Rechtslage	35
A. Personenstandsrechtliche Rechtslage	36
I. Überblick	36
II. Anonyme Geburt	38
1. Allgemeines zu den Anzeigepflichten des PStG	38
2. Verletzung von Anzeigepflichten durch die durchführenden Einrichtungen bzw. ihre Mitarbeiter/innen	39
a) Verletzung der Anzeigepflichten aus §§ 17 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, 18 Abs. 1, 19 PStG	39
aa) Grundsätzliches Bestehen der Anzeigeverpflichtung	39
bb) Fortfall der Anzeigeverpflichtung mangels Kenntnis der Identität der Mutter?	40
b) Verletzung der Anzeigepflicht des § 25 Abs. 1 PStG?	41
c) Identitätsfeststellungsverpflichtung der betreffenden Institutionen?	44
d) Zwischenergebnis zu a)-c)	46
e) Ausschluss der Anzeigepflichten durch Zeugnisverweigerungsrecht, § 53 Abs. 1 Nr. 3aStPO (analog)	47
f) Ergebnis zu 2.	50
3. Verletzung der Anzeigepflicht des § 17 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 PStG durch die Mutter	50
a) Geburt in einer Einrichtung, die nicht von §§ 18, 19 PStG erfasst ist	50
b) Geburt in einer Einrichtung i.S.d. §§ 18, 19 PStG	52
c) Zwischenergebnis zu a) und b)	53
d) Ausschluss der Anzeigeverpflichtung der Mutter durch Anonymitätsanspruch nach dem SchKG	53
e) Ergebnis zu 3.	55
4. Rechtsfolgensystematische Unvereinbarkeit der anonymen Geburt mit dem Personenstandsrecht	55
III. Abgabe des Kindes in eine Babyklappe	56
1. Anzeigepflichtverletzung der Anbieter von Babyklappen	56
a) Personenstandsdaten bleiben im Dunkeln	56
b) Bekanntwerden von Personenstandsdaten anlässlich der Abgabe des Kindes	57
2. Anzeigepflichtverletzung durch die Mutter	58

B. Strafrechtsslage	59
I. Personenstandsunterdrückung, § 169 Abs. 1 3. Alt. StGB	59
1. Strafbarkeit der Mitarbeiter/innen der Einrichtungen, die Babyklappen und anonyme Geburten anbieten	59
a) Anonyme Geburt	59
aa) Tatbestand des § 169 Abs. 1 3. Alt. StGB	59
bb) Eingreifen von Rechtfertigungsgründen?	61
b) Babyklappe	63
aa) Personenstandsdaten werden bekannt	63
bb) Personenstandsdaten bleiben im Dunkeln	64
2. Strafbarkeit der Mutter aus § 169 Abs. 1 3. Alt. StGB	65
a) Tatbestand	65
b) Eingreifen von Rechtfertigungsgründen?	66
c) Eingreifen von Schuldausschließungsgründen; Schuldunfähigkeit	66
II. Strafbarkeit der Mutter aus § 170 Abs. 1 StGB	67
1. Tatbestand	67
2. Rechtfertigung	72
3. Schuldausschluss/ Schuldunfähigkeit	73
a) § 35 StGB	73
b) Schuldunfähigkeit/verminderte Schuldfähigkeit, §§ 20, 21 StGB?	73
III. Strafbarkeit der Mutter gemäß § 171 StGB?	75
IV. Verwirklichung weiterer Straftatbestände durch die Mutter?	78
1. Aussetzung, § 221 Abs. 1 StGB	78
2. Entziehung Minderjähriger, § 235 Abs. 1 Nr. 1 StGB	79
3. Kinderhandel, § 236 Abs. 1 StGB	80
V. Verwirklichung weiterer Straftatbestände durch die Mitarbeiter/innen der betreffenden Einrichtungen?	80
1. Entziehung Minderjähriger, § 235 Abs. 1 Nr. 2 StGB	80
2. Kinderhandel, § 236 Abs. 2 StGB	81
3. Beihilfe/ Anstiftung zur Unterhaltspflichtverletzung sowie zur Personenstandsunterdrückung durch die Mutter, §§ 170, 169, 27/26 StGB	82
VI. Strafbarkeit der übrigen Beteiligten	83
1. Strafbarkeit des Kindesvaters	83
2. Strafbarkeit anderer Beteiligten, insbesondere Familienangehöriger	84
VII. Ergebnis zu B.	85

C. Zivilrechtslage	85
I. Unvereinbarkeit der anonymen Geburt und Kindesabgabe mit den Vorschriften über Abstammung, elterliche Sorge, Unterhalt und Betreuung	86
1. Abstammungsrechtliche Unvereinbarkeit	86
2. Sorge- und unterhaltsrechtliche Unvereinbarkeit	88
II. Unvereinbarkeit anonymer Geburt und Kindesabgabe mit den Adoptionsvorschriften	92
III. Schadensersatzrechtliche Konsequenzen anonymer Geburten und Kindesabgaben	96
1. Schadensersatzansprüche des Kindes gegen die leiblichen Eltern	96
a) Verletzung von Unterhaltspflichten	96
b) Schadensersatzanspruch wegen Sorgepflichtverletzung	98
c) Schadensersatz wegen Schädigung der psychischen Gesundheit des Kindes	100
d) Anonymität als haftungsbegründende Verletzung des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	101
2. Schadensersatzansprüche des Kindes gegen die Anbieter anonymer Geburten und Babyklappen	102
a) Verletzung des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	102
b) Sonstige Schadensersatzansprüche	102
3. Schadensersatzansprüche des Vaters	103
D. Zusammenfassung	104
2. Kapitel - Darstellung und Umgrenzung der von anonymer Geburt und Kindesabgabe betroffenen Grundrechtspositionen und Verfassungsgüter	105
A. Grundrechtspositionen des Kindes	106
I. Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung, Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	106
1. Grundrechtliche Bedeutung des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	106
a) Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung in Rechtsprechung und Schrifttum	106
b) Grundrechtliche Verankerung des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	110
c) Exkurs: Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung in internationalen Vereinbarungen	112
2. Bestimmung der Reichweite des Schutzbereichs des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	114
a) Reichweite der Abwehrrechtsdimension des Rechts	

	auf Kenntnis der eigenen Abstammung	115
	b) Reichweite der Schutzdimension des Rechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	120
3.	Ergebnis zu I.	123
II.	Recht des Kindes auf psychische Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	123
III.	Rechte des Kindes aus Art. 6 GG	126
1.	Art. 6 Abs. 2 GG	126
2.	Art. 6 Abs. 1 GG	129
	a) Grundrechtlich geschützte Rechtsposition des Kindes aus Art. 6 Abs. 1 GG	130
	b) Exkurs: Bedeutung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Art. 8 EMRK für die Auslegung von Art. 6 Abs. 1 GG	135
	c) Betroffenheit der Rechte des Kindes aus Art. 6 Abs. 1 GG bei anonymen Geburten und Kindesabgaben	137
	aa) Die abwehrrechtliche Grundrechtsdimension	138
	bb) Die grundrechtliche Schutzdimension	139
IV.	Rechtspositionen des Kindes aus Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	142
1.	Verfassungsrechtlich gesicherter Unterhaltsanspruch	142
2.	Verfassungsrechtlich gesicherte Erb- und Erbersatzansprüche	142
V.	Recht des Kindes auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	144
1.	Contra anonyme Geburt und Kindesabgabe	144
2.	Pro anonyme Geburt und Kindesabgabe	144
B.	Grundrechtspositionen des Vaters	147
I.	Rechte aus Art. 6 GG	147
1.	Stellung des Vaters im Rahmen von Art. 6 GG bei anonymer Geburt und Kindesabgabe	147
2.	Betroffene Grundrechtspositionen contra anonyme Geburt und Kindesabgabe	150
	a) Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	150
	aa) Rechtlicher Vater	150
	bb) Biologischer Vater	151
	b) Art. 6 Abs. 1 GG	153
	aa) Betroffene	154
	(1) Rechtlicher Vater	154
	(2) Biologischer Vater	155
	bb) Betroffenheit	159
3.	Grundrechtspositionen des Vaters aus Art. 6 Abs. 1 GG pro anonyme Geburt und Kindesabgabe	159
II.	Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	160

1.	Contra anonyme Geburt und Kindesabgabe	160
2.	Pro anonyme Geburt und Kindesabgabe	162
C.	Grundrechtspositionen der Mutter	163
I.	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Mutter aus Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	163
II.	Rechte aus Art. 6 GG	166
1.	Elternrecht - Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	166
2.	Rechtspositionen aus Art. 6 Abs. 1 GG	167
3.	Schutz- und Fürsorgeanspruch der Mutter aus Art. 6 Abs. 4 GG	168
III.	Recht auf physische/psychische Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	170
1.	Pro anonyme Geburt	170
2.	Contra anonyme Geburt und Kindesabgabe	170
D.	Grundrechtspositionen sonstiger Beteiligter - Grundrechte der Anbieter anonymer Geburten und Kindesabgaben	172
E.	Sonstige Verfassungsgüter - Institutsgarantien des Elternrechts und der Familie, Art. 6 Abs. 2 S. 1 und Abs. 1 GG	174
F.	Zusammenfassung	175
3. Kapitel	- Verfassungsrechtliche Bewertung anonymer Geburten und Kindesabgaben	178
A.	Bestimmung des gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Hin- blick auf die aktuelle Situation anonymer Geburten und Kindesab- gaben, anhand der verfassungsrechtlichen Vorgaben der Abwehr- rechts- und Schutzpflichtendimension der Grundrechte	178
I.	Einleitung und Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen Abwehrrecht und Schutzpflicht	178
1.	Einleitung	178
2.	Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen Abwehrrecht und Schutzpflicht	179
II.	Staatliche Beteiligung an anonymen Geburten und Kindesab- gaben - Aktivierung der abwehrrechtlichen Grundrechtsdimension	181
1.	Abwehrrechtlich relevante staatliche Duldung privaten Beeinträchtigungshandelns - Verwerfung der „abwehrrechtlichen Lösung“	181
2.	Abwehrrechtliche Relevanz aktiver staatlicher Beteiligung an anonymen Geburten und Kindesabgaben	184
a)	Zurechnung des privaten Beeinträchtigungshandelns zum staatlichen Verantwortungsbereich aufgrund eines	

	staatlichen Mitverantwortungsbeitrags	184
	aa) Zurechnung des privaten Anbieterbeitrags zum staatlichen Verantwortungsbereich aufgrund finanzieller Förderung	186
	bb) Zurechnung des privaten Anbieterbeitrags zum staatlichen Verantwortungsbereich aufgrund der Einschaltung in die öffentliche Aufgabenerfüllung	190
	cc) Zurechnung des Verantwortungsbeitrags der Mutter im Falle des staatlichen Anbietens anonymer Geburten und Kindesabgaben	195
b)	Eingriffsqualität des staatlichen Anbietens und Förderns anonymer Geburten und Kindesabgaben	199
	aa) Eingriffsqualität des staatlichen Anbietens anonymer Geburten und Babyklappen	200
	(1) Staatliches Betreiben von Babyklappen und Anbieten von anonymen Geburten	200
	(a) Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Verwaltungshandeln	201
	(b) Privatrechtlich organisierte Krankenhäuser in voll- und teilstaatlicher Trägerschaft	203
	(aa) Funktionales Kriterium der öffentlichen Aufgabenerfüllung	204
	(aaa) Öffentliche Aufgabenerfüllung als allein entscheidendes Kriterium?	204
	(bbb) Entbehrlichkeit der Zuordnung zum staatlichen Aufgabenbereich?	205
	(ccc) Krankenhäuser als Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge	205
	(bb) Organisatorisches Kriterium der Beherrschung	209
	(c) Ergebnis zu (1)	215
	(2) Eingriffsqualität des staatlichen Anbieterbeitrags	215
	(a) Kausalität und Verursachungskette	215
	(b) Finalität staatlichen Handelns	217
	(c) Intensität der Beeinträchtigung	220
	(3) Ergebnis zu aa)	221
	bb) Eingriffsqualität der staatlichen Förderung privater Anbieter anonymer Geburten und Kindesabgaben	221
	(1) Kausalität und Verursachungskette	221
	(2) Finalität staatlichen Handelns	223
	c) Zusammenfassung zu 2.	227
3.	Rechtsfolgen staatlicher Beteiligung an anonymen Geburten und Kindesabgaben - Bestimmung des gesetzgeberischen Handlungsbedarfs	227
	a) Geltung des Vorbehalts des Gesetzes bei faktisch-mittelbarem Eingriffshandeln	228

b)	Spezialgesetzliche Grundlagen für die staatliche Vornahme anonymer Geburten und Kindesabgaben	231
c)	Spezialgesetzliche Grundlagen für die staatliche Förderung anonymer Geburten und Babyklappen	234
d)	Verfassungsimmanente Eingriffsermächtigungen?	235
4.	Ergebnis zu II.	238
III.	Aktivierung der grundrechtlichen Schutzdimension im Hinblick auf die Grundrechtsbeeinträchtigungen von Seiten der privaten Anbieter und der Mutter	239
1.	Einleitung und dogmatische Grundlagen der Schutzpflicht	239
2.	Konkretisierung des Schutzpflichtentatbestandes im Hinblick auf die von den privaten Anbietern sowie der Mutter ausgehenden Grundrechtsbeeinträchtigungen	245
a)	Die grundrechtlichen Schutzgüter	245
b)	Maßgebliches Tatbestandsmerkmal: Nichtstaatliche Grundrechtsgefährdung	246
aa)	Sonderproblem bei anonymen Geburten und Kindesabgaben: Schutz des Grundrechtsträgers vor sich selbst?	246
bb)	Das schutzpflichtenaktivierende Beeinträchtigungs- niveau	255
(1)	Aktivierung des Schutzpflichtentatbestandes im Hinblick auf die von anonymer Geburt und Kindesabgabe ausgehenden Gefährdungen/ Beeinträchtigungen	258
(2)	Aktivierung des Schutzpflichtentatbestandes im Hinblick auf das Leben und die körperliche Unversehrtheit potentiell betroffener Kinder	258
c)	Rechtswidrigkeit der Grundrechtsbeeinträchtigung	259
3.	Rechtfolge der Schutzpflicht - Erfüllung des staatlichen Schutzauftrages	260
a)	Grundlagen für die Überprüfung der Erfüllung des grundrechtlichen Schutzauftrages	260
aa)	Überblick	260
bb)	Das Untermaßverbot als Maßstab der Schutzpflicht- erfüllung	263
(1)	Das Untermaßverbot als Konkretisierungs- maßstab gesetzgeberischen Handelns	264
(2)	Das Untermaßverbot als Maßstab bundesverfassungsgerichtlicher Kontrolle	267
b)	Erfüllung des grundrechtlichen Schutzauftrages	272
aa)	Erfüllung des grundrechtlichen Lebensschutzauftrages	272
(1)	Hinreichender Schutz des neugeborenen Lebens	273
(2)	Hinreichender Schutz des ungeborenen Lebens	277
(3)	Ergebnis zu aa)	297
bb)	Erfüllung des grundrechtlichen Schutzauftrages für das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung so-	

	wie für die übrigen, gleichlaufenden Grundrechtsgüter	297
	(1) Bestehen grundrechtlicher Schutzdefizite	297
	(2) Rechtfertigung von Schutzdefiziten im Rahmen eines vertretbaren gesetzgeberischen Ausgleichs der kollidierenden Rechtsgüter?	305
	(3) Ergebnis zu bb)	307
IV.	Zusammenfassendes Ergebnis zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf	307
B.	Abwägung der kollidierenden Rechtsgüter und Absteckung verfassungskonformer Regelungsspielräume im Rahmen der Problematik anonymer Geburten und Kindesabgaben	308
I.	Einleitung und Grundlagen der Abwägung	308
	1. Einleitung	308
	2. Grundlagen der Abwägung	310
II.	Vergleichbare Kollisionslagen und deren Bewertung in Rechtsprechung und Literatur	313
	1. Die Problematik des Auskunftsanspruches des Kindes gegen die Mutter auf Nennung des leiblichen Vaters	314
	2. Die Problematik der Ehelichkeitsanfechtung	318
	3. Die Problematik der heterologen, künstlichen Befruchtung	321
III.	Abwägung zwischen den kollidierenden Grundrechtspositionen bei anonymer Geburt und Kindesabgabe	328
	1. Abwägung der Grundrechte des Kindes aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 14 Abs. 1 GG sowie des an dem Kinde interessierten Vaters aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG mit entgegenstehenden Grundrechten der Mutter und des mit der anonymen Geburt/Abgabe einverständenen Vaters aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	339
	2. Abwägung der grundrechtlich geschützten Belange aus Art. 6 GG	339
	a) Abwägung der Rechte des zur Übernahme von Verantwortung für das Kind bereiten Vaters aus Art. 6 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 GG mit grundrechtlich geschützten Belangen des mit der anonymen Geburt/Abgabe des Kindes einverständenen Vaters aus Art. 6 Abs. 1 GG	339
	b) Kindesrecht auf Familie aus Art. 6 Abs. 1 GG versus Belange der abgebenden Mutter aus Art. 6 Abs. 1 GG?	340
	c) Kindesrecht auf Familie aus Art. 6 Abs. 1 GG contra Interesse des Kindesvaters auf Schutz einer bereits bestehenden Familienbeziehung und/oder Ehe aus Art. 6 Abs. 1 GG	342
	d) Kindesrecht auf Familie contra Wahrung des Familienfriedens?	342
	e) Zwischenergebnis zu 2.	343
	3. Recht der Mutter auf psychische und des Kindes auf	

	psychische und physische Unversehrtheit versus Recht der Mutter auf physische Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	344
4.	Abwägung der von anonymer Geburt und Kindesabgabe beeinträchtigten Grundrechtspositionen des Kindes und der übrigen Beteiligten mit dem entgegenstehenden Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit des Kindes aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	346
5.	Zusammenfassendes Ergebnis der Abwägung	356
IV.	Regelungsvorschläge auf Grundlage des festgestellten Handlungsbedarfs und der Abwägungsergebnisse	357
1.	Einleitung	357
2.	Verbot anonymer Geburten und Kindesabgaben (Babyklappen)	358
	a) Verbot von Babyklappen	358
	b) Verbot anonymer Geburten?	361
3.	Regelungsvorschläge zur Verbesserung des Schutzes für das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung und die übrigen, gleichlaufenden Rechtsgüter im Hinblick auf die Vornahme von Geburten und die Sicherung abstammungsrelevanter Daten	363
	a) Verpflichtung der Geburtseinrichtungen zur Feststellung der Personenstandsdaten	363
	aa) Notwendigkeit einer Feststellungsverpflichtung	363
	bb) Ausgestaltung einer Feststellungsverpflichtung	364
	cc) Sanktionierbarkeit der Verletzung der Feststellungsverpflichtung	366
	(1) Ordnungsrechtliche Sanktionierbarkeit	366
	(2) Schadensersatzrechtliche Sanktionen?	366
	(3) Strafrechtliche Sanktionierbarkeit	367
	b) Effektivierung der Anzeigepflichten des PSTG	369
	aa) Verkürzung der Anzeigepflicht für die betreffenden Einrichtungen	369
	bb) Entfall der Anzeigepflicht der Mutter?	370
	c) Werbe- und Ankündigungsverbot für anonyme Geburten	371
	d) Sonstige Maßnahmen	371
	e) Fazit zu 3.	374
4.	Möglichkeiten eines verbesserten Lebensschutzes	375
	a) Einleitung	375
	b) Konzepte eines verbesserten Lebensschutzes	375
	aa) Konzept eines verbesserten Schutzes des (neu)geborenen Lebens	376
	bb) Konzept eines verbesserten Schutzes des ungeborenen Lebens vor Abtreibung	377
	c) Konzept einer vertraulichen Geburt als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch sowie als Hilfsangebot zur Lösung anderer Schwangerschaftskonflikte zur Verhinderung von Aussetzung und Kindstötung	379
	aa) Konzeptentwurf	379
	bb) Konzeptbegründung und rechtliche Umsetzung	381

(1)	Anonymität der Beratung - keine Anonymität der Geburt	381
(a)	Anonymität der Beratung	381
(b)	Wahrnehmung der nach Ablauf der 12-Wochen-Frist stattfindenden Konfliktberatung durch die Schwangerschaftsberatungsstellen	382
(c)	Keine Anonymität der Geburt	384
(d)	Tragfähigkeit, nähere Ausgestaltung und Angemessenheit eines (lediglich) auf Vertraulichkeit basierenden Konzepts	389
(2)	Adoptionsrechtliche Probleme der Umsetzung des Konzepts einer vertraulichen Geburt	396
(a)	Einwilligungserfordernis des Vaters nach § 1747 Abs. 1 BGB	396
(b)	Pränatale Einwilligung der Mutter in die Adoption und Alternativen/ Freistellung der Mutter von familiären Verpflichtungen	404
5.	Fazit zu IV.	410
	Gesamtzusammenfassung	411
	Literaturverzeichnis	423
	Anlage	443